

Kein Ende der Durststrecke

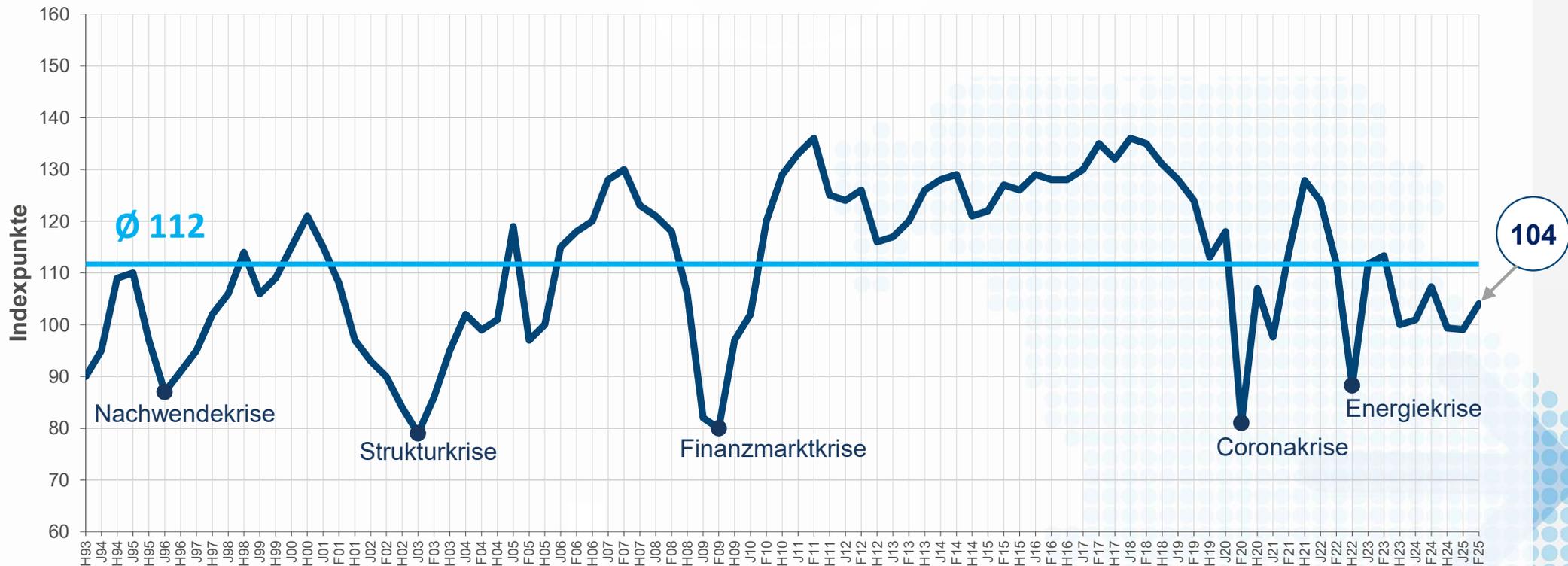
BIHK-Konjunkturumfrage

Befragungszeitraum: 01.04.2025 bis 24.04.2025

Eingegangene Antworten: 3.400

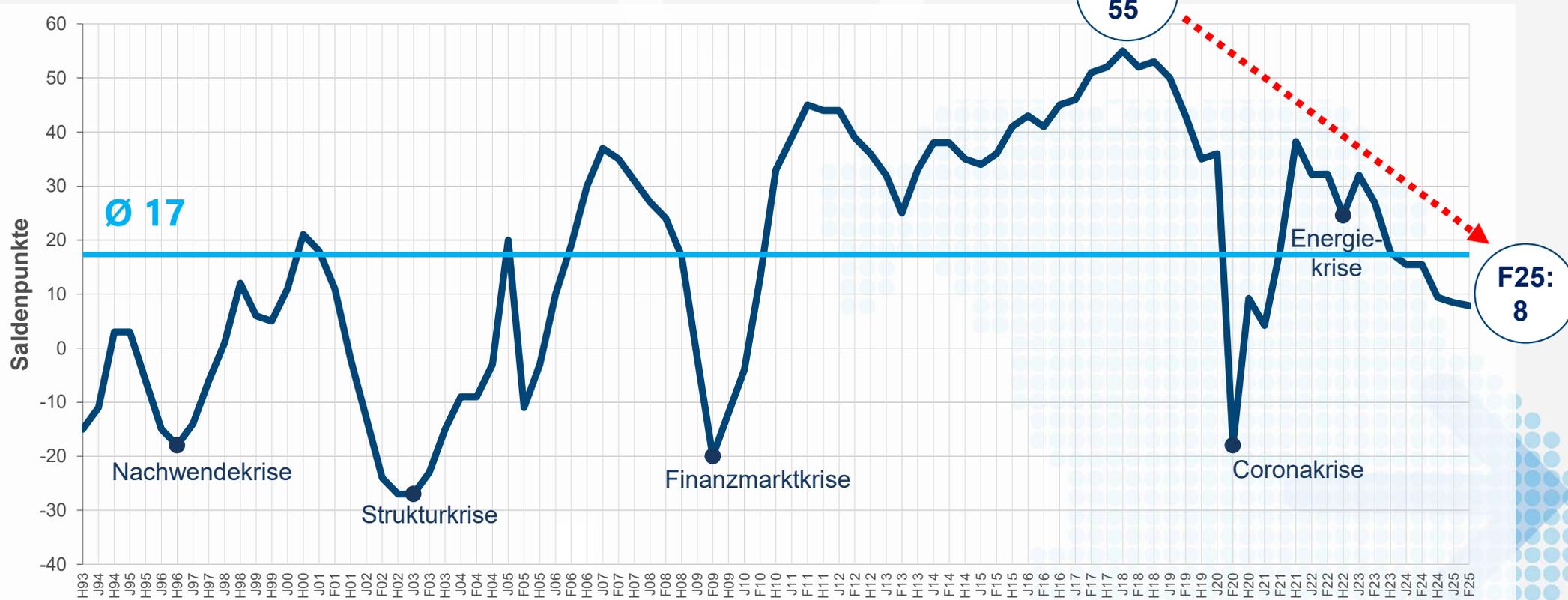
Stimmung stabilisiert, keine Trendwende

BIHK-Konjunkturindex: Geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden



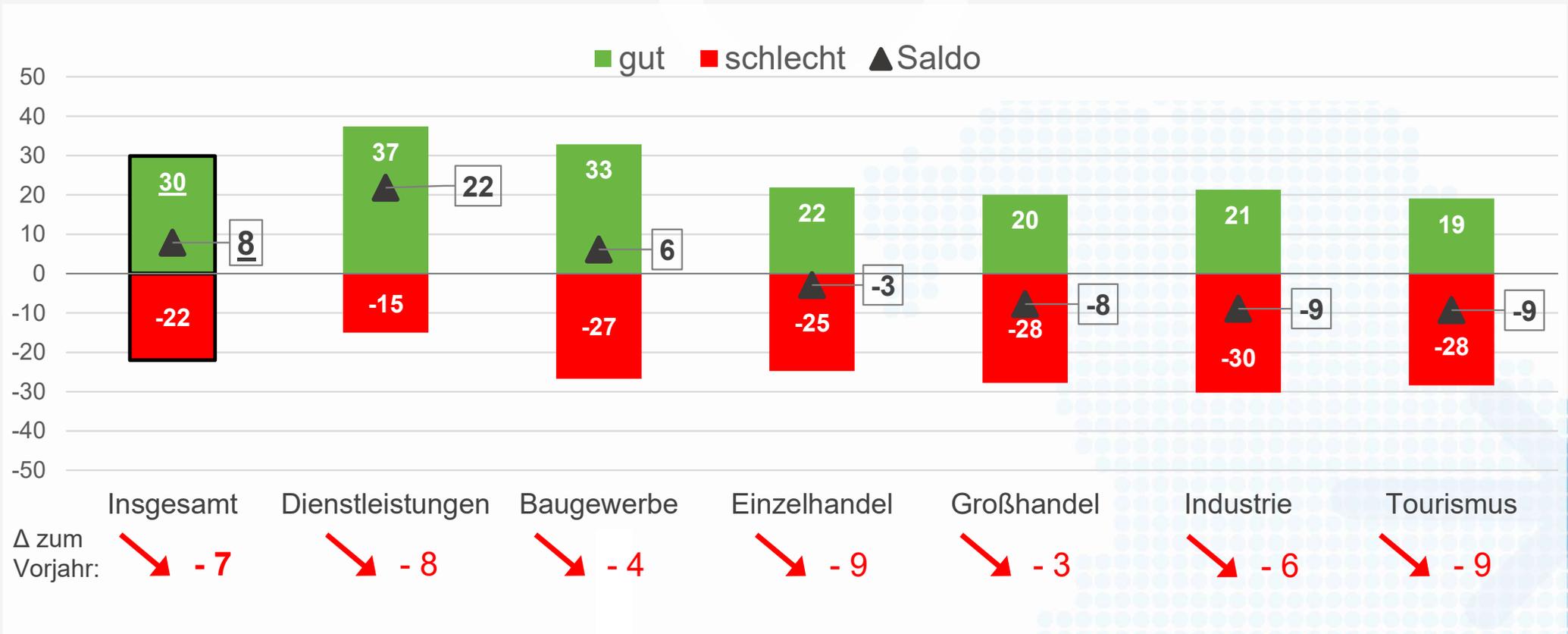
Geschäftslage: Abwärtstrend nicht gebrochen

Saldo der Anteile guter und schlechter Lageurteile



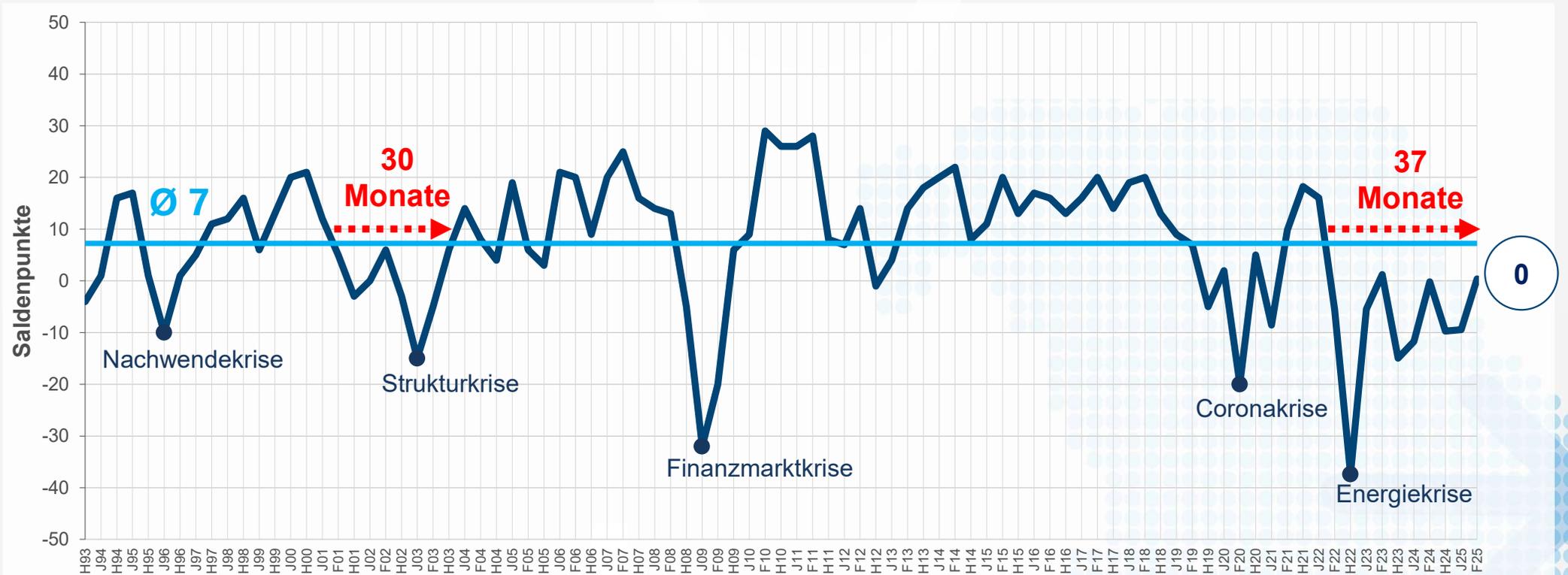
Geschäftslage überall schlechter als im Vorjahr

Saldo der Anteile guter und schlechter Lageurteile



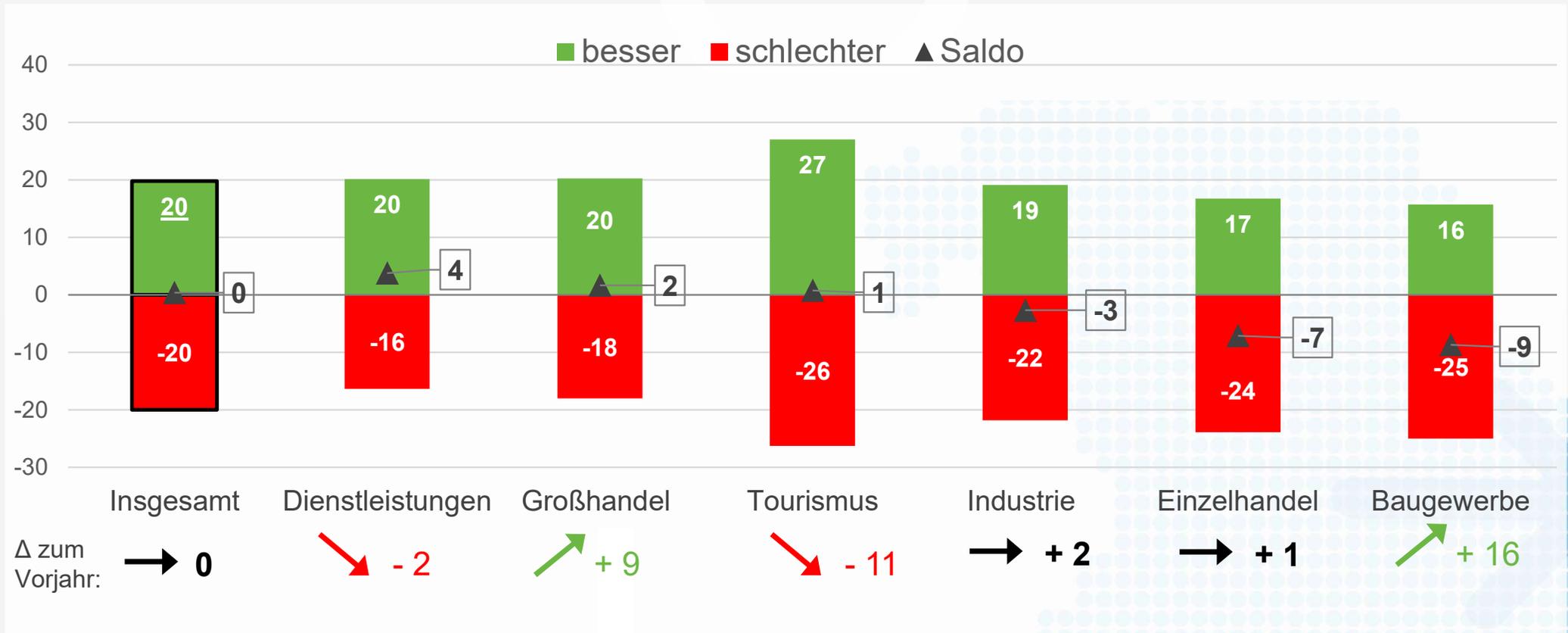
Geschäftserwartungen: kein Optimismus

Saldo der Anteile aus besseren und schlechteren Geschäftserwartungen



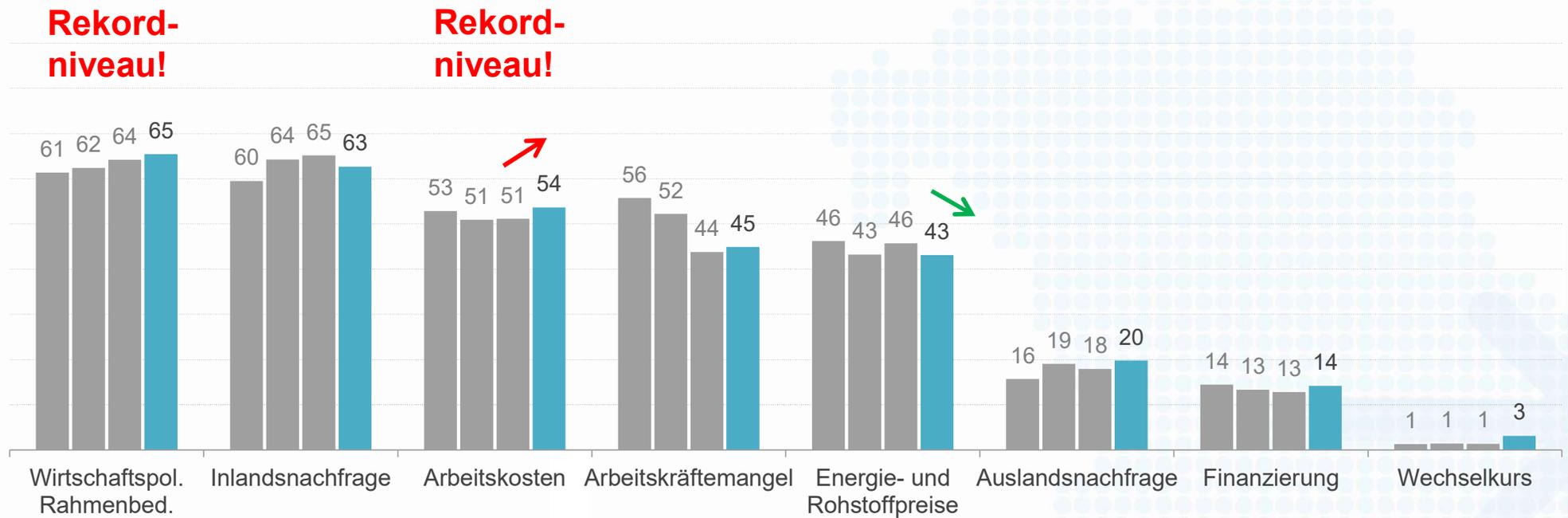
Bau und Großhandel kommen aus dem Keller

Anteile der besseren und schlechteren **Geschäftserwartungen** der Branchen, Delta bildet Saldo ab



Neue Negativrekorde

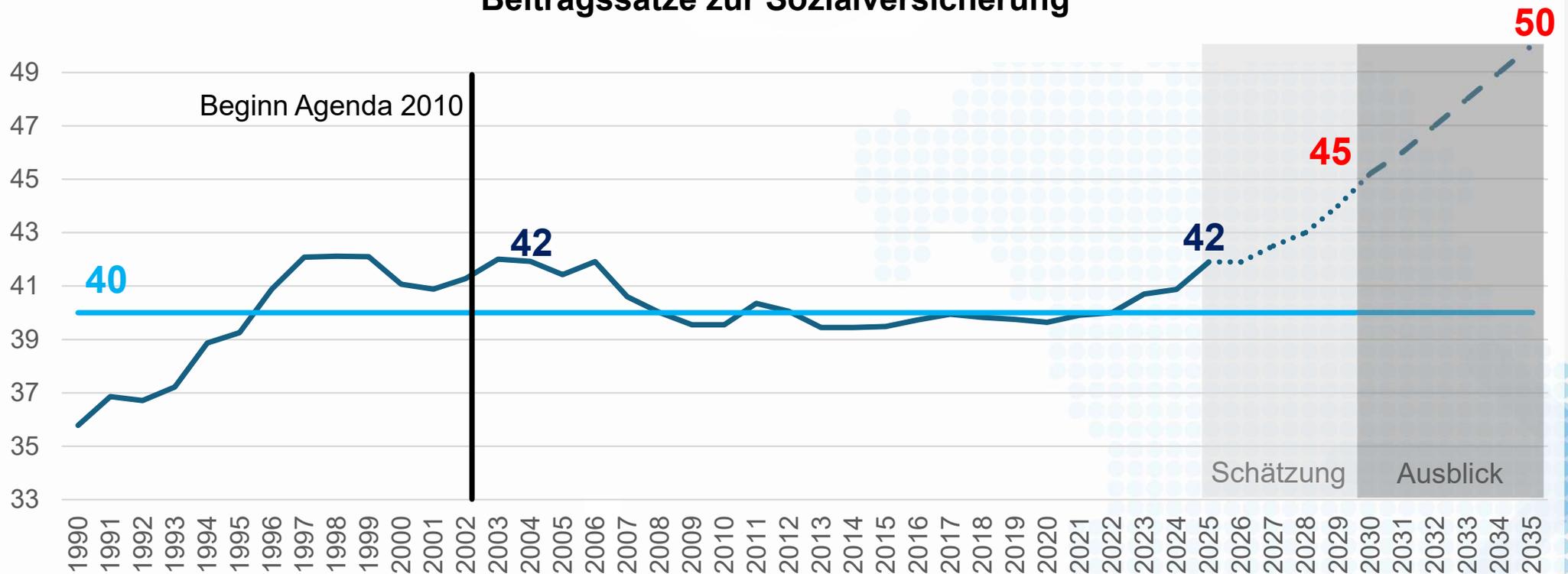
Worin sehen die Unternehmen die **größten Risiken** in den kommenden **12 Monaten**?



(Mehrfachantworten möglich) Angaben in % Frühjahr, Herbst 2024, Jahresbeginn, Frühjahr 2025 (von links nach rechts)

Lohnnebenkosten werden weiter steigen

Beitragssätze zur Sozialversicherung



„Wenn wir nicht gegensteuern, steigen die Beiträge zur Sozialversicherung bis 2030 auf 45 Prozent – und danach geht es so weiter.“

Prof. Dr. Martin Werding, Mitglied im Sachverständigenrat („5 Weisen“) im Februar 2025

Risikorekord: Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

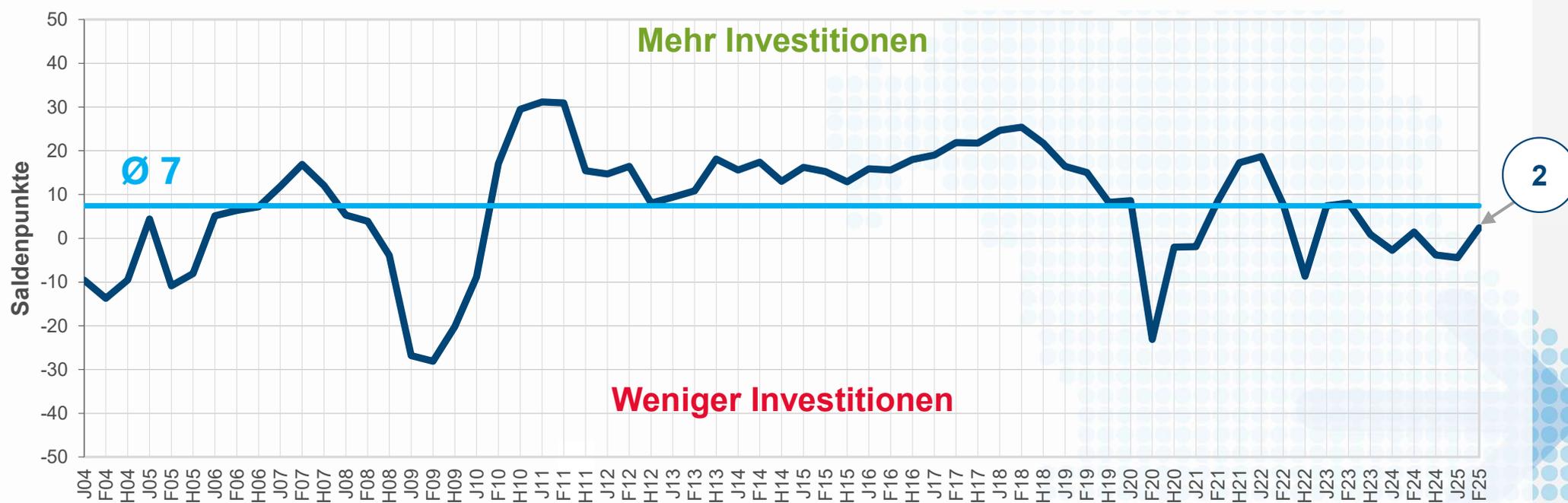
Was bedeutet das Risiko *wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen* für die Unternehmen konkret?

Infrastruktur **Politik Deutschland**
Steuerlast **Unsicherheit** **Kosten**
Bürokratie **Lage** **Zölle**
Rahmenbedingungen **Energiekosten**
Trump

Basierend auf 1.400 Nennungen im Freitext im Rahmen der BIHK-Konjunkturumfrage Frühjahr 2025

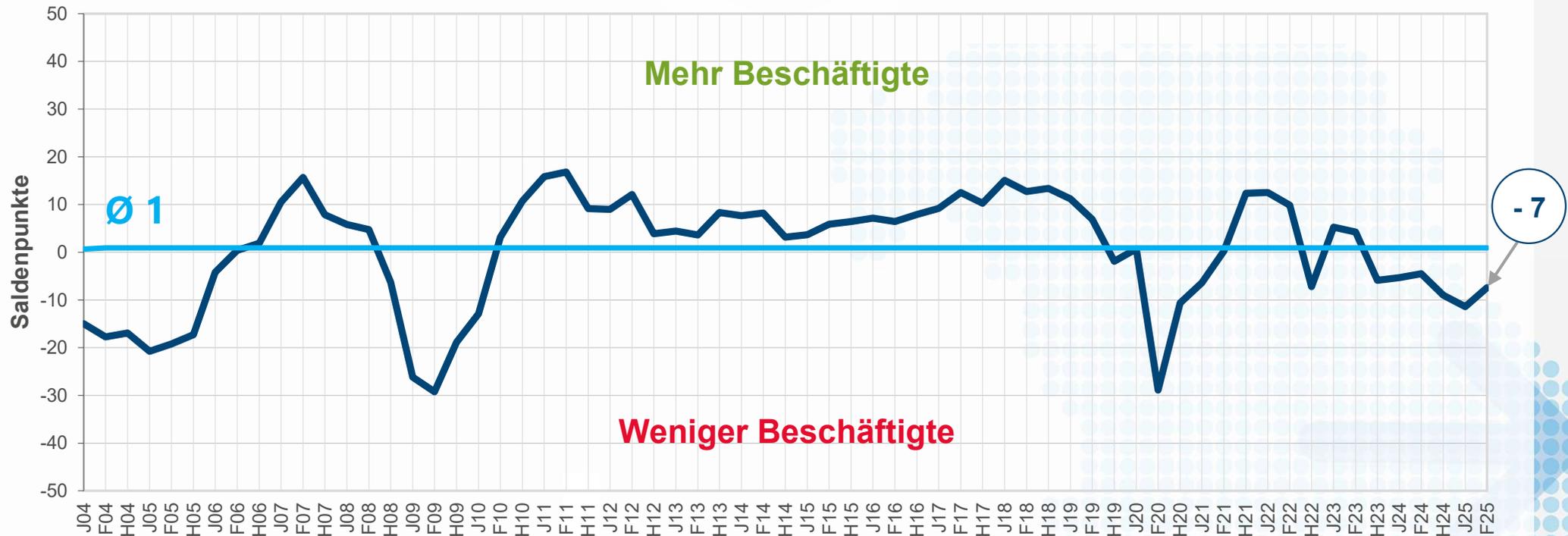
Investitionsabsichten nahe Nullpunkt

Saldo der Anteile aus mehr und weniger Inlandsinvestitionen



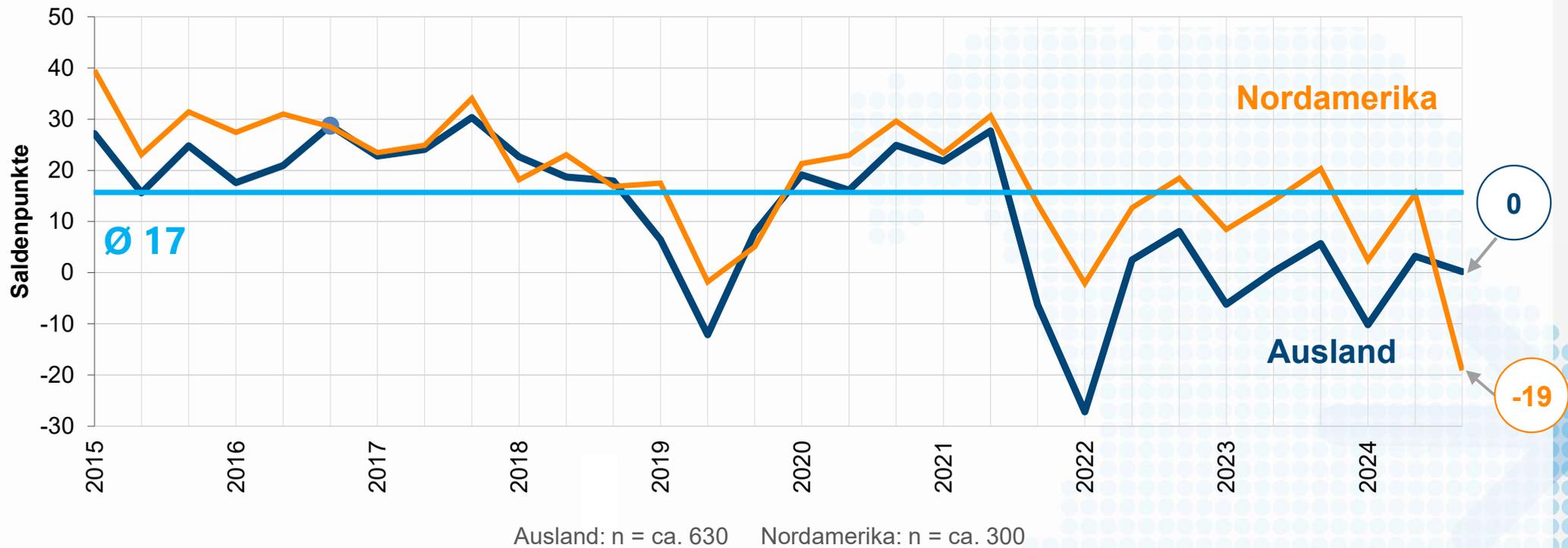
Arbeitsplätze werden weiterhin abgebaut

Saldo der Anteile aus mehr und weniger Beschäftigten



USA droht als Stabilisator der Exportwirtschaft auszufallen

Industrie: Saldo der Anteile aus steigendem und sinkendem **erwartetem Auftragsvolumen**



US-Zölle könnten Deutschland Milliarden kosten



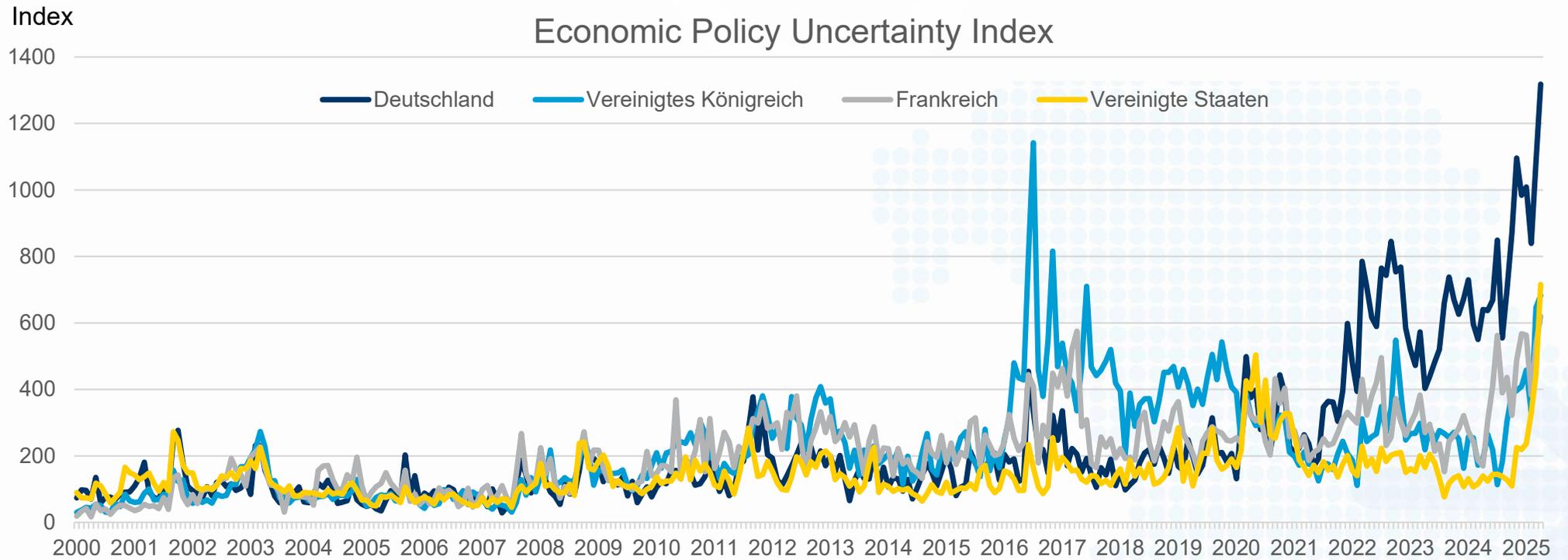
Quelle: IW, ifo, Bundesbank, statistisches Bundesamt



- 25 % sektoraler Zoll auf Autos, Autoteile, Stahl und Aluminium
- 10 % allgemeiner Zoll auf nahezu alle Güter/Waren für 90 Tage

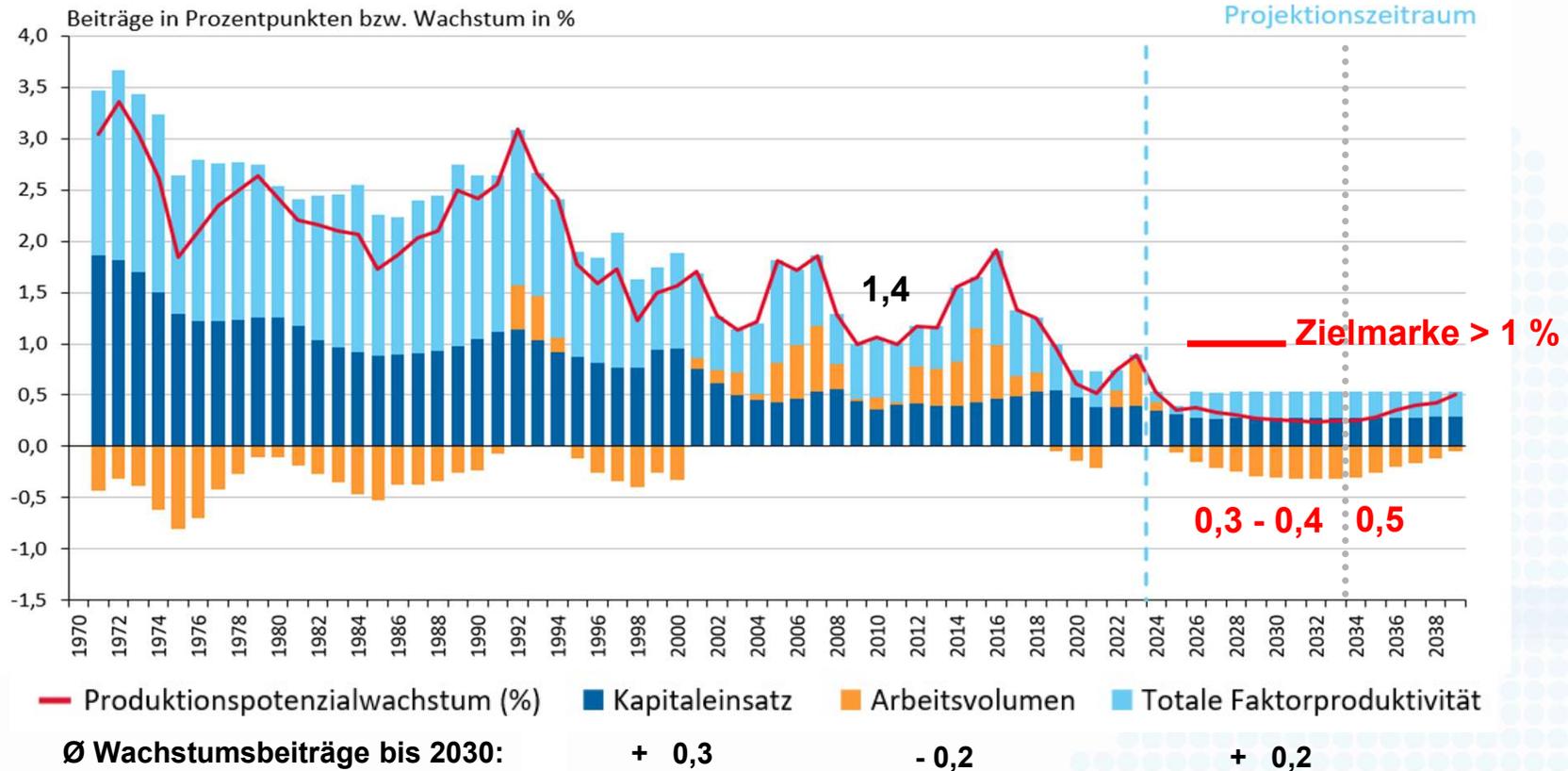
**Verlust jährlicher Wirtschaftsleistung
in Deutschland:
ca. 10 - 60 Mrd. €**

Wirtschaftspolitische Unsicherheit auf Rekordniveau



Quelle: 'Measuring Economic Policy Uncertainty' von Scott Baker, Nicholas Bloom and Steven J. Davis, Stand: April 2025

Koalitionsvertrag: Wachstumspotenzial auf über 1% erhöhen



Koalitionsvertrag: Auswirkungen auf Wachstumspotenzial

↑ Investitionen	↑ Arbeitsvolumen	↑ Produktivität
<ul style="list-style-type: none">• Degressive Abschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionen• Geplante Senkung Körperschaft- und Einkommensteuer• Senkung Stromsteuer und Netzentgelte• Beschleunigung Planungs- und Genehmigungsverfahren• Bessere Infrastrukturfinanzierung• Mehr Wagniskapital u.a. durch Deutschlandfonds	<ul style="list-style-type: none">• Wöchentliche Höchstarbeitszeit• Vermittlungsvorrang bei Arbeitslosigkeit, bessere Hinzuverdienstregeln beim Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag• Fachkräftezuwanderung: Work-and-stay Agentur, einheitliche Anerkennung• Aktivrente für Erwerbstätige im Rentenalter	<ul style="list-style-type: none">• Bürokratieabbaumaßnahmen: Rückführung div. Gesetze auf EU-Mindestmaß (u.a. Energieeffizienzgesetz)• Verwaltungsdigitalisierung• Vertiefung EU-Binnenmarkt, neue Freihandelsabkommen• Stärkung Technologietransfer• Gründerschutzzone, One-Stop-Shop

Koalitionsvertrag: Auswirkungen auf Wachstumspotenzial

↓ Investitionen	↓ Arbeitsvolumen	↓ Produktivität
<ul style="list-style-type: none">• Aufbau neuer Sonderschulden und konsumtiver Staatsausgaben → <i>steigende Zinsen</i>• Erhalt Solidaritätszuschlag• Gewerbsteuer-Mindestsatz von 200 auf 280 Prozent → <i>23 Kommunen in Bayern von Steuererhöhung betroffen</i>	<ul style="list-style-type: none">• Verzicht auf längere Lebensarbeitszeit• Kein Familiensplitting• Keine höheren Abschläge bei Frührente• Erhalt Rente mit 63• Kein Reformwille bei sozialen Sicherungssystemen → <i>Lohnnebenkosten werden steigen</i>• steuerfreier Überstundenzuschlag → <i>Bürokratie, Anreiz zur Absenkung tariflicher Vollzeitarbeit</i>• Halbierung Kontingent Westbalkanregelung	<ul style="list-style-type: none">• einkommensabhängige Förderprogramme u.a. E-Mobilität → <i>Bürokratie und Subventionen</i>• Unternehmen als Power-User der Verwaltung nicht im Fokus